

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 47.

Leipzig, den 21. November.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 1/2 Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Vebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition F. W. Grellmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika u. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Die geehrten hiesigen Abonnenten ersuchen wir dringend, falls das Blatt bis Sonnabend Abend nicht in ihren Händen ist, uns gefälligst brieflich (unfrankirt) oder mündlich sofort Nachricht zu geben.

Expedition des Demokr. Wochenblatts.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Selbsthilfe und Staatshilfe. — Die Gewerks-Genossenschaften. — Vom verrathnen Bruderkamm. — Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter. — Zur Warnung. — Dank. — Anzeigen.

Politische Uebersicht.

In Spanien kommen die Republikaner allmählich zu der Ueberzeugung, daß Prinzipien nicht mit sich feilschen lassen, und daß in Zeiten revolutionärer Krisen die „Mäßigung“ eine sehr zweifelhafte Tugend ist, für die man nur der Feinde Dank verdient, welcher sich aber bekanntlich stets in Form von Staatsstreichen, Standrechtungen und ähnlichen hübschen Gegenleistungen ausdrückt. Verfloßene Woche erwähnten wir der unglücklichen Demokraten-Proklamation, die mit einer theoretischen Vetherrlichung der Republik begann, und mit einer praktischen Anerkennung der Monarchie endete. Einer der Unterzeichner jener Satyre auf den gesunden Menschenverstand, der sonst tüchtige Castelar hat soeben einen, schon früher geschriebenen, aber während des Versöhnungsdufels bei Seite gelegten „Brief an die Republikaner“ veröffentlicht, in dem er klar und bündig ausspricht: „Ich glaube, daß die republikanische Staatsform die einzige ist, die in strenger Harmonie mit unseren nationalen Ideen steht. Ich glaube, alle Monarchien sind schlecht, am schlechtesten die demokratischen.“ Warum er letztere für die schlechtesten hält, wird nicht direkt gesagt, allein er meint jedenfalls, weil sie auf der Zusammenkopplung zweier Prinzipien beruhen, die sich mit Nothwendigkeit bekämpfen müssen. Die Vortheile der bundesstaatlichen (föderativen) und der Einheits-Republik gegen einander abwägend, zieht Castelar für Spanien die erstere vor, da sie leichter den bestehenden Einrichtungen anzupassen sei. Wir wollen hier bloß bemerken, daß der Gegensatz zwischen föderativer und Einheits-Republik ein rein gemachter ist, daß es sich in Wirklichkeit nur um größeres oder geringeres Maß staatlicher Centralisation handelt, daß die Republik ihrem eignen Wesen nach das Selbstbestimmungsrecht zur Grundlage hat, und daß die beiden einzigen sogenannten Föderativrepubliken, die sich bewährt haben: die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Nordamerika auch Einheitsrepubliken sind, und beide in neuerer Zeit durch Waffengewalt sich ihre

„Einheit“ gesichert haben. Hoffentlich verhalten die Worte Castelar's nicht im Wind. Schmiedet die republikanische Partei das Eisen, so lange es warm ist, stellt sie für die Wahlen republikanische Candidaten auf, und geht sie mit der erforderlichen Energie vor, so ist ihr Sieg nicht bloß möglich, sondern sogar wahrscheinlich. Inzwischen hat ein gemischter Ausschuß von (nicht republikanischen) Demokraten, Fortschrittler und Liberalen ein Wahlmanifest in die Welt geschickt, das eine ganze Musterkarte von Freiheiten aushängt, und mit dem Satz schließt: „Die monarchische Staatsform ist geboten durch die Forderungen der Revolution und der Freiheit. Die Monarchie von Gottes Gnaden ist für immer dahin. Unsere künftige Monarchie wird den Volksrechten ihre Entstehung verdanken, und, ein Kind des allgemeinen Stimmrechts, das Symbol der Volkssouveränität sein.“ Welch verworrenes Geschwäg! Die Monarchie, „geboten durch die Forderungen der Revolution“, welche eine Monarchie gestürzt hat! Die Monarchie, „geboten durch die Forderungen der Freiheit“, die erst nach dem Sturz einer Monarchie sich entfalten konnte! Diese „Halben“ — denn das sind die Mitglieder der drei geeinten Parteien, die sich bloß durch die mehr oder weniger dick aufgetragene Phrasenschminke unterscheiden — sind eben unverbesserlich und überall dieselben: in Deutschland machen sie „neue Aeren“ zu Ruß und Frommen eines Bismarck oder sonstigen „genialen“ Staatsmanns; und in Spanien bahnen sie den Weg für irgend einen industriemitterlichen General, der diesmal vermuthlich Prim heißen wird, wenn das Volk nicht bei Zeiten einen Riegel vorschleibt.

Das Wahlgesetz liegt nun vor uns. Abgesehen von dem Alterszensus von 25 Jahren, der für das halb tropische Spanien, wo die Menschen weit früher „reif“ werden, als bei uns, absolut nicht zu entschuldigen ist, enthält das Gesetz noch mehrere sehr reaktionäre Bestimmungen, z. B. daß Niemand das Wahlrecht ausüben darf, der mit den Steuern im Rückstand ist, daß keine Beamten in ihren Provinzen, Kreisen und Gemeinden gewählt werden, und daß überhaupt nur in Madrid ansässige Beamte ein Mandat annehmen dürfen! Um die Tragweite dieser die Wahlfähigkeit der Beamten beinahe vernichtenden Bestimmungen abschätzen zu können, muß man bedenken, daß unter den schlechtbezahlen niederen Beamten sehr viele Republikaner sind.

Wenden wir jetzt unsere Blicke nach Frankreich, der alten Heimath der Revolution. Das Beispiel Spaniens hat eine mächtige Wirkung hervorgebracht, und mit steigender Erbitterung betrachtet das Volk, welches so oft die Fackel der Freiheit den übrigen Nationen vorangetragen, seine unwürdige Lage. Von den Kundgebungen auf dem Kirchhof Montmartre, von der Subskription für das Baudin-Denkmal haben wir schon berichtet. Die Provinzen sind nicht hinter Paris zurückgeblieben; in den meisten Städten finden ähnliche Demonstrationen statt, und überall organisiert man sich mit stürmischem Eifer für die herannahenden Wahlen. Der Kaiser will durch die brutalsten Mittel den freiheitlichen Geist ersticken, und seine knechtischen Richter haben die vermeintlichen Urheber der jüngsten Kundgebungen zu schweren Strafen verurtheilt. Doch was erreicht er damit? Die Erinnerung an die Vergangenheit wird in den Massen wachgerufen, die blutige Wiege des Kaiserreichs aufgedeckt und Del in die Flammen der Leidenschaft gegossen. „Der Prozeß gegen das Kaiserreich“ hat begonnen. Eine Katastrophe bereitet sich vor. Der Cäsarismus jenseits des Rheins ist bankrott, und es fragt sich bloß, ob er den Cäsarismus diesseits des Rheins in seinen Fall hineinzuziehen versuchen wird.

Das Großpreußenthum sieht schadenfroh mit zu, wie die Wogen um Bonaparte höher und höher steigen. Die verblendeten Zündnadelarbeiter begreifen nicht, daß sie eine französische Revolution mehr zu fürchten haben, als einen Krieg mit Frankreich. Oder sind die Zustände in Preußen und dem Nordbund etwa der Art, daß kein Funke von drüben hier zünden könnte?

Grauenhafter Nothstand in Ostpreußen; der Ende dieses Jahres ablaufende Cartelvertrag mit Rußland, der ihn größtentheils herbeigeführt, sichern Anzeichen nach von der Regierung wieder erneuert, weil sie der Freundschaft Rußlands nicht entbehren kann; in den meisten Provinzen Massenverarmung, die sich in der Abnahme des Ertrags der Wahl- und Schlachtsteuer zeigt; zerrüttete Finanzen, Defizit, willkürliche Vermögenskonfiskationen, um den Staatsschatz zu füllen; kolossaler Aufwand für die Armee und für die Schule, kein Geld, so daß der §. 25. der Verfassung, der unentgeltlichen Volkunterricht verbürgt, aus Mangel an Mitteln abgeschafft werden muß; Majestätsbeleidigungen, Zeitungsmaaßregelungen, kurz überall die verwüthenden Wirkungen des Militarismus, die unausbleiblichen Folgen der Gewalttherrschaft — und in Berlin reißt man sich die Hände, daß aus dem Haus des Nachbarn Louis Rauch aufsteigt!

Die Budgetdebatte hat begonnen; Hr. Lasler beantragt Erhöhung der Bundeseinnahmen, d. h. Belastung der Bundesstaaten zur Deckung des preussischen Defizits! Ja, hätten dieselben nur genug „Steuerkraft!“ Aber da hapert's; sie sind klein, meist winzig, und obendrein sämmtlich schon überbürdet. Wo will Lasler den Schröpskopf ansetzen?

Die Junker werden rebellisch, Bismarck ist fern („die Abwesenden haben unrecht“, sagt der Franzose) und Manteuffel ist nah. „Dieser dreifache Bau in und übereinander (Abgeordnetenhaus, Reichstag und Zollparlament) taugt nichts, meint die „Kreuzzeitung“; der Schwerpunkt des Nordbundes liege in Preußen, was allerdings richtig; an den Vertretern Preußens sei es, dem Staat aus der Klemme zu helfen und thäten sie ihre Pflicht nicht, nun, so werde das „Land“ (d. i. die Landjunker) „zum König stehen“ und — Also schon an einen Staatsstreich gegen die Bismarcksche Schöpfung denkt man an maaßgebender Seite.

Etwas Erheiterndes in dieser „Zeit der schweren Noth“: Hr. Bamberger (der beiläufig jüngst nicht in eigener Person,

sondern in der eines seiner Agenten wegen Wahlbestechung verurtheilt wurde), stand soeben in Mainz wieder vor Gericht, angeklagt die heßische Regierung beleidigt zu haben. Bei dieser Gelegenheit kam heraus, daß Hr. Bamberger einen Aufruf, in dem er überschwänglichst gelobt worden war, selbst geschrieben hatte. Eigenslob — wie heißt doch das Sprichwort?

Der österreichische Reichstag hat den Wehrgeese-entwurf in allen Einzelheiten mit bedeutender Mehrheit angenommen: die 800,000 Mann, die dreijährige Dienstzeit, und die Bewilligung auf zehn Jahre! Wahrlich, der Parlamentarismus ist eine unbezahlbare Erfindung für Regierungen, die den Schweiß und das Blut ihrer Völker en gros konsumieren wollen. Diese modernen Parlamentler sind gefügiger, als die alten Stände es je gewesen. Das Votum des Reichstags kann in der That nur als Ausfluß knechtischer Gesinnung betrachtet werden. Wir geben gern zu, daß die Lage Oesterreichs nach vielen Seiten hin bedroht ist, wir geben zu, daß man nicht mit Einem Satz aus dem System der stehenden Heere in das Milizsystem hineinspringen kann; wir würden es demnach ganz erklärlich gefunden haben, hätte der Reichstag für dieses Jahr eine hohe Militärsziffer bewilligt; aber daß er alle freisinnigen Prinzipien zu Gunsten eines Wehrsystems opferte, daß eingestandenermaßen erst in 10 Jahren ausgeblendet ist, und also nicht zur Abwendung der jetzt drohenden Gefahr dienen kann; daß er das Land auf 10 Jahre an dieses Geßelschmiedete — das ist schmachvoll und wird sich rächen.

Die Sitzungen der Delegationen (gemeinschaftlichen Ausschüsse von Vertretern beider Reichshälften) haben in Pesth begonnen. Eine „erfreuliche“ Nachricht ward ihnen sofort vorgelegt, nämlich daß es der Staatsregierung endlich gelungen ist, die sehr heikle kaiserliche — Titelfrage so zu lösen, daß die Ungarn sich nicht verletzt fühlen können. Der volle Titel des Kaisers lautet hinfüro: Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. und apostolischer König von Ungarn, abgekürzt: Kaiser von Oesterreich und apostolischer König von Ungarn. Der Titel wäre somit festgesetzt. Ob auch die Krone?

Es laufen schlimme Nachrichten ein; der russische Czar hat eine Aushebung von 280,000 Mann angeordnet, die russische Regierungspresse ist gar übel zu reden auf Oesterreich, und Rumänien füllt sich immer mehr mit preussischen Zündnadelgewehren, sogar ein preussisches Kanonenboot ist daselbst eingetroffen. Aufgepaßt ihr Herren in Wien!

Aus England wird gemeldet, daß die Alabama-Angelegenheit der schiedsrichterlichen Schlichtung zueilt. Die Alabama war bekanntlich ein Kaper, oder genauer und verständlicher ausgedrückt ein Seeräuberschiff, das während des amerikanischen Bürgerkriegs auf Rechnung der südstaatlichen Rebellen in einem englischen Hafen ausgerüstet und von den englischen Behörden, obgleich sie rechtzeitig gewarnt waren, nicht am Auslaufen verhindert wurde, und dem amerikanischen Handel argen Schaden zufügte, bis es von einem Vereinigten Staaten-Dampfer an der französischen Küste in Grund geschoffen ward. Die amerikanische Regierung machte gleich von Anfang an die englische für allen Schaden verantwortlich; diese ließ sich aber auf nichts ein, und eine Zeit lang schien es fast, als sei der Friede zwischen den zwei Ländern durch diese Streiffrage gefährdet. Jetzt ist die Sache so gut wie erledigt.

Die Unterhauswahlen sind in vollem Gang. Nach den vorliegenden Telegrammen hätte die ministerielle Partei verschiedene Siege verloren; doch läßt sich über das Resultat noch nichts sagen.

Aus Nürnberg wird uns berichtet, daß sich daselbst auf Anregung des dortigen (demokratischen) Arbeiterbildungsvereins ein Comité gebildet hat, welches einer einzuberufenden allgemeinen Arbeiterversammlung eine Eingabe an die demnächst zusammentretende bairische Abgeordnetenversammlung für Einführung des allgemeinen gleichen und directen Stimm- und Wahlrechts vorlegen wird. Dieses Comité hat nicht nur an alle Arbeitervereine in Nürnberg und Fürth, sondern auch an alle daselbst bestehenden Gewerkscorporationen und Arbeiter der Fabriken eine Einladung zur Bildung eines definitiven Comité's erlassen, infolge welcher der größere Theil der Eingeladenen, darunter 7 Abgeordnete des Nürnberger (nationalliberalen) Arbeitervereins sich im Lokale des Nürnberger Arbeiterbildungsvereins versammelten. Ist schon die Wahl des Herrn Küll zum Vorsitzenden als ein erfreuliches Zeichen dafür zu betrachten, daß die Sonderbündelerei in den Nürnberger Arbeiterkreisen nicht besonders guten Boden haben muß, so beweist vollends der auf Antrag Löwensteins (Fürth) gefasste Beschluß (nach welchem allgemeines, directes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung, Beseitigung jedes Censur und aller derjenigen Bestimmungen, welche die Ausübung eines solchen Wahlrechts hindern oder erschweren, Abkürzung der Wahlperioden, Abschaffung des Instituts der Ersatzmänner und des politischen Eides, gesetzliche Feststellung der Wahlbezirke etc., die Strebziele der einzuleitenden Agitation sein sollen), daß trotz aller gegnerischen Umtriebe es doch nicht recht gelingen will, die Arbeiter irre zu leiten. Die Versammlung wählte zur Ausarbeitung einer Eingabe an die Abgeordnetenversammlung ein Comité, bestehend aus den Herren Küll, Högnner und Löwenstein. Letzterer wurde von dem Comité mit der Ausarbeitung des Entwurfs betraut. Gibt uns diese Wahl, sowie die Zusammensetzung des Comité's überhaupt auch die Gewissheit, daß die zu erörternden Fragen nur in radical-demokratischen Sinne behandelt werden, so müssen wir doch unsere Freunde ersuchen, vor den gegnerischen Elementen im Comité, die jetzt auf einmal recht demokratisch thun, auf der Hut zu sein. So viel uns bekannt, finden in kürzester Zeit die Neuwahlen zur Abgeordnetenversammlung in Baiern statt und da benützt man, wie uns scheint, von Seiten der Herren Beaugeois die Gelegenheit, um die recht wurmfressig gewordene Popularität wieder auszuflicken und sich in das Vertrauen der Arbeiter einzuschmeicheln, um sie bei den Wahlen nach ost erlebten Vorgängen als Stimmvieh zu gebrauchen. Eid auf der Hut! rufen wir den Arbeitern dort und allerwärts zu.

Nachschrift. Wie uns soeben aus Nürnberg mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins, Högnner, welcher auch zugleich Vorsitzender des Vorortsvorstandes vom „Arbeiterbunde“ war, seinen Austritt aus dem letzteren erklärt. Wenn die Hauptfeinde für die Gründung eines Sonderbundes so schnell erlahmen, und die Flinte in's Korn werfen, dann muß es um den ganzen Bund recht flüchtig bestellt sein.

Ferner theilt man uns mit, daß unser bewährter Parteigenosse Mendel von Wundfiedel nach Nürnberg übergesiedelt und hfort als Mitglied dem Arbeiterbildungsvereine beigetreten ist, worüber dort große Freude herrscht.

Am 7. dies. Monats sprach Bebel in einer gut besuchten Versammlung des Volks- und Arbeitervereins in Werdau, in welcher auch Gäste zugegen waren, über die sozialen und politischen Prinzipien der Partei. Sonntag den 8. November feierte der Volksverein von Crimmitschau sein Stiftungsfest, dem von Leipzig: Schweichel und Bebel, von Zwickau:

Dokauer, von Biskau: Häußler und verschiedene andere Deputirte der Nachbarvereine beiwohnten. Die Festrede hielt Herr Schweichel. Redner legte dar, wie der Einfluß und die Mitwirkung der Frauen bei der Befreiungsarbeit des Volkes unumgänglich nothwendig sei, wenn die Freiheit nicht nur oberst, sondern auch fest begründet werden solle. Die Rede Schweichels ist auf Veranlassung des Crimmitschauer Volksvereins im Druck erschienen und von letzterem zu beziehen. Nach Schweichel sprachen noch Bebel, Dokauer, Stolle, Motteler u. A., durch ihre Worte die Anwesenden zu zäher Ausdauer an dem einmal in Angriff genommenen Werke der Befreiung und Selbstständigmachung des Arbeiterstandes anfeuernd.

Am Sonntag den 15. dies. Monats hatte der Arbeiterbildungsverein in Reichenbach eine allgemeine Versammlung einberufen, die von nahe an 1000 Personen besucht war. Unter den Anwesenden war das Beamtenthum und die Bourgeoisie zahlreich vertreten. Bebel sprach in anderthalbstündigem Vortrag über die sociale Frage und die Nothwendigkeit der Organisation des Arbeiterstandes. Er benutzte die Anwesenheit der zahlreich erschienenen Fabrikanten, um ihnen in ungeschminkten Worten die schmachliche Behandlung vor Augen zu rücken, die sie ihren Arbeitern angedeihen lassen. Lebhafter Beifall ward dem Redner zu Theil. Die wiederholte Aufforderung an die Gegner, sich zum Wort zur Entgegnung zu melden, blieb erfolglos, worauf der Vorsitzende Vohgerber Löschner die Versammlung schloß. Eine Versammlung, wie diese war in der dortigen Gegend dringend nothwendig. Der Druck, unter dem der Arbeiter leidet, ist kaum zu ertragen. Die Arbeitszeit in den Spinnereien dauert von Morgens 5 Uhr bis Abends 8 und 9 Uhr, nur unterbrochen durch ein Stunde Mittagpause, dabei ein Verdienst, der für das allernothdürftigste zum Lebensunterhalte kaum ausreicht. Bei solchen Zuständen darf man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn der Mensch zur reinen Arbeitsmaschine herabsinkt, wenn alles geistige Streben in ihm erlischt und er sich gegen alle höheren Bestrebungen auf Befreiung seiner Klasse gleichgültig verhält. Fühlt er trotz alledem noch einen Funken geistiger Regsamkeit in sich und sucht er denselben durch Betheiligung an einem Arbeiter- oder sonstigen gemeinnützigen Verein zu bethätigen, dann kommt der Fabrikant (diese Herren nennen sich hier wie überall „freisinnig“ und „liberal“) und sucht mit Schwöfsworten und der Drohung der Arbeitsentlassung ihn einzuschüchtern und zurückzubalten. Und der Arbeiter, der Brodlosigkeit und das Elend seiner Familie vor Augen sieht, zieht sich zurück und schweigt, denn Hunger thut weh. Das ist die gerühmte „Freiheit“ der Arbeit. Das System der Lohnabzüge ist denn auch dort, wie überall in unsern Weberbezirken in schönster Blüthe. Ob ein Fehler an der Waare wirklich ist, ob ihn der Arbeiter selbst verschuldet oder ob er durch mangelhaftes knapp zugemessenes Rohmaterial des Arbeitgebers entstanden ist, das kommt nicht in Betracht. Der Fabrikant oder sein Beauftragter dekretirt das Strafmaß nach eigener Willkür und kürzen rücksichtslos den ärmlichen, fauer verdienten Lohn. Da kommt's vor, daß zeitweilig Dinge vorkommen, die Einem das Herz im Leib umkehren. So geschah es kürzlich, daß ein Reichenbacher Weber Ende der Woche zu einem Fabrikanten kam, sein Stück Arbeit abgelieferte und bei Auszahlung des Lohns einen bedeutenden und ungerechten Abzug gemacht bekam. Kochend vor Zorn und Ingrimm geht der Mann ins Wirthshaus und vertrinkt in der Verzweiflung den ihm verbliebenen Rest. Als er dann Abends nach Hause geht und die kalte Nachtlust ihn wieder zur Besinnung bringt, fällt ihm die hungernde Familie ein und er geht hin und

— erhängt sich an einem am Wege stehenden Baum! Andern Morgens umstehen 8 Kinder weinend und jammernd die Leiche des Vaters. Ob dem reichen Fabrikanten bei der Nachricht dieses Verbrechens das Herz gewocht, wissen wir nicht. Die Gesellschaft zuckt die Achsel, freut sich einen Gegenstand zu haben, an dem sie einige Tage ihre Klatsch- und Verläumdungssucht befriedigen kann. Und der Staat? — Nun der Staat schickt seine Beamten, läßt die Leiche gerichtlich rekonoscieren und sorgt dafür, daß sie in irgend einer Ecke des Kirchhofs, möglichst weit von den „christlich“ Gestorbenen, verscharrt wird. Die Wittve mit ihren acht hungernden Wärmern fällt der Gemeinde zur Last, die ihr natürlich nur eine kümmerliche Hilfe gewähren kann und der eigentliche Urheber des Verbrechens, er geht straflos aus und bleibt vor wie nach ein „geachteter“ Mann. Welche Zustände, das!

Sonntag, den 8. November, fand Nachmittags in Geyer eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher E. Werner aus Leipzig die Nothwendigkeit einer gründlichen Organisation der Arbeiter und die Gründung von Gewerkschaften unter Anknüpfung an die bestehenden Gefellensschaften und Innungskrankenkassen hervorhob. Die Kürze der Zeit gestattete leider keine längere Diskussion, da für den Abend eine Versammlung des Arbeitervereins in Ehrenfriedersdorf anberaumt war, die sich des Besuchs sehr vieler Gäste erfreute, und in welcher der Genannte das gegenwärtige soziale Elend der Arbeiter, dessen Ursachen und die Mittel zur Besserung in einer längeren Rede erläuterte. In Ehrenfriedersdorf zählt der Arbeiterverein 160 Mitglieder und befindet sich ein blühender Consumverein, wie denn überhaupt unter den dortigen Arbeitern ein sehr reges Leben herrscht.

J. Beeger, Motivirtes Gutachten über das Gesetz vom 26. Mai 1868, die Emeritirung ständiger Lehrer an den Volksschulen im Königreich Sachsen betreffend. Zugleich eine Entwicklung der Hauptforderungen, welche an die Lehrerpensionsgesetzgebung im Allgemeinen zu stellen sind. Leipzig, Klinckschardt.

Die vorliegende Schrift giebt ein vernichtendes Votum über ein Gesetz ab, das mit vollem Recht den Namen einer halben Maßregel verdient und die Lehrer nöthigt, sich nach einer Decke zu strecken, die Kopf und Füße unbedeckt läßt, ein Gesetz, welches eine durchaus ungerechtfertigte Unterordnung der Lehrer unter die Geistlichen — notabene in Pensionsfachen — als einziges bei der Abfassung maßgebend gewesenes Prinzip erkennen läßt, und das endlich, so weit sich die Absichten der Gesetzgeber aus den betreffenden Kammerverhandlungen durchschauen lassen, dem auch in Sachsen grassirenden Lehrermangel durch das wunderbarste Mittel von der Welt steuern will, nämlich durch die sehr spät eintretende Berechtigung zum Eintritt in den Ruhestand und durch überaus niedrige Pensionen. Sachsen hatte, nachdem es die Pensionsverhältnisse der Civilstaatsdiener und Militärpersonen bereits seit länger als einem Vierteljahrhundert geregelt, nachdem es für die Geistlichen vor vier Jahren ein Pensionsgesetz gegeben, nachdem eine große Anzahl deutscher Staaten, zum Theil in ausgezeichnete Weise, für ihre Lehrer gesorgt (vor allem Gotha, Baden, Anhalt, Württemberg und Oldenburg) bis vor einem Jahre noch nichts gethan in dieser Angelegenheit; hätte es noch ein wenig gewartet, so würde es nicht bloß von Oesterreich und Bayern, sondern sogar von Preußen, durch Minister von Mühlner, überholt worden sein. Ist es nun auch den letzteren

Staaten um einige Monate mit Erlaß eines Pensionsgesetzes vorausgeeilt, so doch nicht in der Befriedigung berechtigter Forderungen. Die Beeger'sche Schrift giebt in einer angehängten sehr reichhaltigen Tabelle eine Uebersicht der für die Staatsdiener, Offiziere, Geistlichen und Lehrer verschiedenen Länder und Städte bestehenden Pensionsstufen, und läßt hieraus sowohl, wie aus vielfachen Vergleichen in der Schrift selbst erkennen, daß die Lehrerschaft fast in keinem Lande so wenig von ihrer Regierung geachtet ist, wie in Sachsen. Das bittere Gefühl erfahrener Zurücksetzung spricht sich in der Schrift sehr deutlich aus; und wahrlich, es ist gerechtfertigt, wenn man Seite 2 erfährt, daß ein Lehrer bei den verschiedenen Festsetzungen etwa wie $\frac{1}{2}$ oder $\frac{2}{3}$ Geistlicher gerechnet wird; am haarsträubendsten tritt dies hervor bei den an sich schon verwerflichen Abzügen für Emeriten. Sigt nämlich ein Emeritus auf der Stelle, so hat der neue Lehrer von 250 Thlrn. 50 Thlr. abzugeben, von 500 Thlrn. 150 Thlr., — ein Geistlicher (und bekanntlich sind diese durchschnittlich gut, die Lehrer schlecht besoldet) zahlt bis 549 Thlr. nichts, von 550 Thlrn. an 50 Thlr. Freilich hat der Abgeordnete Sachse aus Freiberg bei der Berathung des Gesetzes das große Wort ausgesprochen, die Geistlichen nähmen eine höhere Lebensstellung als die Lehrer ein, also —

Als Mängel des Gesetzes werden folgende hervorgehoben:
a) Es giebt dem Ministerium einen weiten Spielraum zu willkürlichen Pensionsgewährungen. Bis in sein 12. bis 15. Dienstjahr (nämlich bis zum vollendeten 10. ständigen Dienstjahre) ist nach dem Gesetze der Lehrer nicht pensionverpflichtet, sondern es ist dem Ministerium anheim gegeben, ob es eine Pension (bis höchstens 100 Thlr.) gewähren will oder nicht. Daß derartige Licenzen der Willkür Thor und Thür öffnen, darüber ist gar nicht erst zu streiten; es hätte dazu auch der Worte im Gesetz gar nicht bedurft: „wenn die Lehrer zu erheblichen Ausstellungen gegen ihr Verhalten nicht Anlaß geben.“

b) Es setzt den Anfang der Pensionsberechtigung auf ein sehr spätes Dienstjahr. Auf welches, ist bereits gesagt worden. Gegen die alten Bestimmungen von 1835, durch welche der Lehrer allerdings nur auf einen Theil des Einkommens von der Stelle angewiesen war, ist dies ein großer Rückschritt; denn seither hatten die Lehrer das Recht, welches ihnen jetzt erst vom 11. Dienstjahre an gegeben wird, schon vom ersten Tage der Anstellung an.

c) Es nimmt als Termin für den Eintritt der Alterspensionsberechtigung ein viel zu hohes Alter, nämlich das 70. Lebensjahr an. Für die sächsischen Geistlichen gilt dasselbe Jahr; wenn man aber die in der Schrift enthaltene statistische Vergleichung der Lebensdauer der Geistlichen mit der der Lehrer ansieht, so erkennt man, daß die Letzteren um 10 Jahre zu schlecht wegkommen. Und wie die Schulen dabei wegkommen, wenn ganz alte, in jeder Beziehung invalide Lehrer sie verwalteten, das kann man sich denken.

d) Es gewährt einen durchaus ungenügenden Ruhegehalt, nämlich vom 11. bis 25. Dienstjahre ein Drittel, von da bis zum 35. die Hälfte, vom 36. Jahre an zwei Drittel des Einkommens, jedoch bringt es

e) die Wohnung dabei nicht in Anrechnung. Dadurch sinkt natürlich auch die höchste Pension von zwei Dritteln auf nicht viel mehr als die Hälfte herab.

f) Es beansprucht von den Lehrern hohe Pensionsklassenbeiträge und zwar diese in vier verschiedenen Formen, als Eintrittsgelder, als Beförderungsgelder, als Jahresbeiträge und als Abzüge für Emeriti; letztere betragen z. B. von 300 Thlrn. jährlichem Einkommen 3 Jahre lang 75 Thlr., bei

400 Thln. 125 Thlr., bei 600 Thln. 200 Thlr. Der Minister hatte bei der betreffenden Kammerdebatte erklärt: Das könnten sich die Lehrer schon gefallen lassen; drei Jahre dauerten nicht lange!!

Am unglaublichsten und für die Betroffenen am verlegendsten ist es jedoch, daß das Gesetz auch da hat müssen zur Durchführung kommen, wo, wie in den meisten größeren Städten, bereits viel bessere lokale Pensionseinrichtungen bestanden. Die Schädigungen, welche die Lehrer dieser Städte dadurch erfahren, ist, wie wir aus Seite 5—8 und 48—50 ersehen, sehr bedeutend. Auf Seite 49 und 50 ist mit Ziffern nachgewiesen, daß die Landespensionkasse an den Leipziger Lehrern $\frac{9}{28}$ dessen, was sie einzahlen, nämlich jährlich 587 Thlr. gewinnen wird. „Wenn, fährt der Verfasser fort, eine Privatbank eben so viel, also 32 Prozent für Regieaufwand beansprucht, so würde man dies sehr hoch finden und Bedenken tragen, bei einer solchen einzutreten. Wenn aber ein Staat derartige Geschäfte macht, so nenne dies Fürsorge und Wohlthat, wer da wolle. — wir werden nichts weiter thun, als bedauern, daß wir gegen den Staat nicht ebenso verfahren können, wie gegen den Agenten einer Leibrentenbank, der uns zum Eintritte in letztere mit Anwendung von Gewalt zwingen will, nämlich daß wir gegen jenen wegen seiner Eingriffe in unsere Rechte nicht klagbar werden können.“

Auf die positiven Forderungen, welche der Verfasser stellt, und auf die gründliche Motivirung derselben, namentlich auch durch die unwiderlegliche Gewalt der Ziffern, können wir hier nicht eingehen. Wer sich weiter darüber unterrichten will, dem sei die Schrift bestens empfohlen.

Unseren Freunden zur Nachricht, daß der Vorort des Verbands deutscher Arbeitervereine sich aufs Angelegentlichste mit den Vorbereitungen zur Gründung von Gewerks-Gesellschaften beschäftigt, und in kürzester Zeit in der Lage sein wird, ein mit Benutzung der Statuten der wichtigsten englischen Trades' Unions entworfenen Musterstatut zu veröffentlichen.

Selbsthilfe und Staatshilfe.

I.

Neben der Bildung des Arbeiters haben die Apostel der Bourgeois-Dekonomen die Selbsthilfe mit großen Buchstaben in ihr Evangelium geschrieben. Selbst ist der Mann! predigen sie; es ist deshalb des Arbeiters, der durch Bildung zur Erkenntniß seiner Würde gelangt ist, nicht würdig, eine Verbesserung seiner Lage von Andern zu erwarten. Er muß sich selbst helfen. Ganz vortrefflich, und wir erkennen diesen Satz in seiner vollsten Bedeutung an. In dem Munde jener Apostel hat er aber, wie wohltrichend auch ihr Athem ist, eine Beimischung von Pech- und Schwefelgeruch, der auf seinen verächtlichen Zweck deutet. Zunächst ist es klar, daß der Arbeiter, welcher den Grundsatz der Selbsthilfe zu dem seinigen macht, jeden Anspruch auf Unterstützung von Seiten der Bourgeoisie wie von Seiten des Staates entsagt. Er entbindet dadurch Arbeitgeber und Regierung von der Verpflichtung, zur Aenderung seiner Lage beizutragen. Vor allen Dingen ist damit das schlechte Gewissen der Bourgeoisie dem Arbeiter gegenüber beschwichtigt. Der Arbeiter erklärt ja nun selbst, daß sie keine Verpflichtungen mehr gegen ihn habe: sie kann also die Macht des Kapitals mit ganzer Rücksichtslosigkeit walten lassen. Selbsthilfe ist ein großes, schönes Wort, und man kann

sich ja auch nichts Erhabneres vorstellen, als einen Mann, welcher aus eigener Kraft sein Schicksal sich gestaltet, indem er alle Hindernisse überwindet, die ihm Geburt, Armuth, Unbildung, Gesellschaft und Staat entgegen thürmen. Kein Wunder daher, daß dieses Wort zündend in die Arbeitermassen schlug. Wohl aber war es ein Wunder, daß dieses Wort in unseren Polizeistaaten ausgesprochen werden durfte, ohne daß die Kühnheit einen Hochverrathsprozess zur Folge hatte, und ihr, wie Heine singt, das Zuchthaus, heilig groß, den Mutter Schoß erschloß. Nun es kreisten die Berge und gebahren eine Maus. Die Selbsthilfe war gar nicht auf den Staat gemünzt, konnte gar nicht auf ihn gemünzt sein. Denn nach den Lehren der Bourgeois-Dekonomen ist ja der Staat nichts, die Gesellschaft dagegen alles; die Schutrigelien des Arbeiters durch die Polizei, das Uebermaaß der Steuern, der Soldatendienst, das sind ja alles Dinge, unter denen der Arbeiter nicht leidet, die mit der ganzen sozialen Frage nichts zu schaffen haben. Fort mit der Politik; denn da der Staat nichts ist, so kann auch Arbeitern auch dort der Saub nicht drücken. Nur die gesellschaftlichen Hühneraugen sind es, die euch weh thun; diese also müssen beschnitten werden.

Die Selbsthilfe richtet sich also gegen die Gesellschaft, nicht gegen den Staat, welcher im Sinne der Bourgeoisie nur die Exekutivgewalt (die ausführende Gewalt) jener ist. Nun aber lehren die Apostel der Bourgeoisie, daß das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit ein „Naturgesetz“ sei. Mithin muß der Arbeiter leiden und der Arbeitgeber ihn ausbeuten, selbst wenn er nicht wollte. Daraus erhellt, daß die vielgerühmte Selbsthilfe auch nur in den engen Grenzen sich bewegen kann, welche die Naturgewalt dem freien Willen und der Kraftanwendung des Menschen läßt. Unfähig, jenes Naturgesetz aufzubeheben, muß sich mithin die Selbsthilfe des Arbeiters darauf beschränken, dem schweren Joch, das ihn zu Boden drückt, ein Polster unterzuschieben, damit er etwas weniger wund gedrückt wird. Ein solches Polster und nichts mehr sind die Kranken- und Sterbekassen, die Wanderunterstützungs-, Invaliden-, Altersversorgungskassen und Consumvereine der Arbeiter. Um sie in das Leben zu rufen und zu unterhalten, giebt es für den Arbeiter, da ja das Lohngesetz unwandelbar ist, nur das eine Mittel des Sparens. Wie er dies anfängt, da bekanntlich der Arbeitslohn nur genau so viel beträgt, als zu den unumgänglichsten Unterhaltungskosten des Menschen erforderlich ist, an welchen Enden er noch mehr entbehrt und sich noch mehr kasteit, als er dies schon bei den bestehenden Lohnverhältnissen an und für sich thun muß, um einen Groschen zu jenen Zwecken bei Seite legen zu können, das ist seine Sache. Selbsthilfe heißt danach also mit einem minder wohlklingenden Worte: Sparen, Sparen, Sparen!

Man sollte meinen, daß das Kapital, welches die Arbeitskraft schrankenlos ausbeutet, auch die Pflicht habe, die Mittel herzugeben, damit der Arbeiter Bestand und Pflege erhalte, wenn er krank wird, damit er nicht Hungers sterbe, wenn er durch Verletzungen oder Alter arbeitsunfähig wird; sind doch Wohlstand und Reichthum des Arbeitgebers das Erzeugniß des Arbeiters. Mit nichten! Die Bourgeoisie hat diese Verpflichtung nicht nur nie anerkannt, sondern sogar da, wo sie, durch den Staat gezwungen, zu den Kranken- und Invalidenkassen der Arbeiter einen Theil beitragen muß, sich die ausschließliche Verfügung über diese Kassen anzueignen gewußt, so daß der Arbeiter, dessen Gesinnung den Arbeitgebern nicht gefällt, keine Unterstützung aus diesen Kassen empfängt, die überwiegend die Frucht seines Schweißes enthalten. Die Bourgeoisie verschanzt sich eben vor allen Anforderungen dahinter, daß sie das Lohngesetz nicht geschaffen habe und deshalb auch nicht für dessen

furchtbare Folgen verantwortlich sei. Der Arbeiter aber nimmt ihr selbst vollends jede Verantwortlichkeit ab, indem er sich zum gelehrigen Schüler ihrer Lehre von der Selbsthilfe macht. Die 40 oder 60.000 Thaler, mit welchen sie Herrn Schulze aus Delitzsch für seine Erfindung dieser Art von Selbsthilfe belohnte, verräth deutlich ihre Freude über diese neue Lehre von der Sündenvergebung, wie ihre Dankbarkeit gegen Jeden, der ihr, absichtlich oder unabsichtlich, hilft die Arbeiter zu knebeln. Herr Schulze aber mag sich Glück wünschen, daß er das hübsche Sümmchen bereits in Sicherheit hatte, bevor ihm angesichts der Hungersnoth in Preußen das Geständniß entschlüpfte, daß seine Lehre von der Selbsthilfe keineswegs unfehlbar sei, sondern es wohl Fälle gebe, in denen die Selbsthilfe zur Staatshilfe werden müßte.

Giebt Herr Schulze zu, daß der Staat die Pflicht habe, überall da helfend einzuschreiten, wo die Kraft des Einzelnen ohnmächtig sei, so wird er sie auch dem Kapital gegenüber für geboten erkennen, welches nach Gesetzen, die der Einzelne nicht zu ändern vermag, den Arbeiter zu einem ewigen Nothstande verurtheilt. Wie die Hungersnoth in Preußen, so hat die fortwährende Geschäftsstockung seit dem Jahre 1866 wohl unwiderleglich dargethan, daß das Sparen dem Arbeiter ebensoviel nützt, wie der Strohhalm dem Ertrinkenden. Hilfe, die sich in allen Fällen bewährt, kann dem Arbeiter nur die Umgestaltung des bestehenden Lohngesetzes bieten. Indem aber die Selbsthilfe, im Sinne der Bourgeois-Ökonomen, an dem bestehenden Lohngesetz nichts zu ändern vermag, führen alle jene Hilfskassen und Consumvereine zu weiter nichts, als dem Arbeiter einen Lutschbeutel in den Mund zu stecken, der ihn still macht, und ihn, da er selbst so vortrefflich für seine Gesundheit, Nahrung und Invalidität fürsorgt, arbeitsfähiger, d. h. ausbeutungsfähiger im Interesse des Kapitals zu machen.

Die Gewerks-Genossenschaften.

II.

Die Interessen der Arbeiter zu wahren und zu fördern, und zu diesem Behufe die vereinzelt und vereinzelt ohnmächtigen Arbeiter in eine gemeinsame Organisation zu vereinigen, das ist Zweck und Wesen der Gewerksgenossenschaften. Es ergiebt sich hieraus zweierlei:

Erstens, daß die Gewerks-Genossenschaften unter der Leitung von Personen stehen müssen, welche, die erforderlichen Fähigkeiten als vorhanden vorausgesetzt, von dem Klasseninteresse der Arbeiter durchdrungen sind. Daß Arbeit und Kapital in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft im Kampf mit einander begriffen sind, ist eine Thatsache, die nur von der Blindheit und Böswilligkeit weggeläugnet wird. Die Gewerks-Genossenschaften haben die Aufgabe, diesen Kampf für die Arbeiter zu führen. Der Kampf richtet sich gegen das die Arbeit ausbeutende Kapital. Wenn nun Vertreter des Kapitals kommen, wie z. B. Hr. Dunder in Berlin, und wollen sich an die Spitze der Gewerksgenossenschaften stellen, so liegt auf der platten Hand, daß solche Männer entweder unehrliche Absichten haben, oder sich unter den Gewerksgenossenschaften etwas anderes denken, als dieselben in Wirklichkeit sind. Es sei ferne von uns, zu behaupten, daß sich an der Organisation der Gewerksgenossenschaften Niemand ohne Hintergedanken theilnehmen könne, der nicht selbst Arbeiter ist; allein es liegt nun einmal in der Natur der Menschen und der Dinge, daß jeder Stand, jede Klasse ihre Standes- und Klasseninteressen selber am besten versteht und am besten zu wahren weiß. In England und Amerika, wo das Bevormundungssystem auf sozialem Gebiet so

wenig zu finden ist, wie auf politischem, werden die Gewerks-Genossenschaften sämmtlich von den Arbeitern der betreffenden Gewerke verwaltet und geleitet. Mit welchem Talent und welcher Aufopferung, das zeigt die ruhmvolle Geschichte der englischen und amerikanischen Trades' Unions.

Die deutschen Arbeiter müssen dem Beispiel ihrer englischen und amerikanischen Brüder folgen, und, indem sie die Gewerks-Genossenschaften mit Geschick organisiren und leiten, werden sie den unwidersprechlichsten Beweis ihrer politischen „Reife“ liefern.

Also: Arbeiter an die Spitze der Gewerks-Genossenschaften. Zum Zweiten ergiebt sich aus dem Wesen und dem Zweck der Gewerks-Genossenschaften, daß sie centralisirt sein müssen. Nur durch Sammlung der vereinzelt Kräfte befähigen sich die Arbeiter zum Widerstande gegen die Uebermacht des Kapitals. Von einer bloß örtlichen Organisation ist nicht das Mindeste zu erwarten; die Arbeiter kämpfen nur dann mit einigermaßen gleichen Waffen, wenn sie vereinigt sind. Einigung ist die Stärke der Schwachen.

Aber es gibt eine demokratische und eine undemokratische Centralisation. Undemokratisch ist z. B. die Centralisation, wie sie in Preußen und Frankreich herrscht, die jeden Einzelwillen zu erdrücken, jeden Freiheitsgedanken zu tödten sucht. Eine andere undemokratische Centralisation ist die persönliche Diktatur. Es kann Zeiten geben, wo auf politischem Gebiete die Diktatur nöthig ist zur Rettung des Staats; dann darf sie aber nicht persönlich sein, sondern muß — wenn auch dem Namen nach einer Person übertragen — in Wirklichkeit von einer durch das Volk controlirten Körperschaft ausgeübt werden, wie vom Convent in der ersten französischen und vom Congreß in der letzten amerikanischen Revolution. Persönliche Diktatur, die nur der Absolutismus unter anderem Namen ist, muß stets zum Ruin des Gemeinwesens führen. Wie auf politischem Gebiet, so auf jedem anderen.

Die moderne Arbeiterbewegung ist ihrem innersten Wesen nach demokratisch; durch eine undemokratische Organisation würde sie sich selbst untreu werden, sich selbst verrathen.

Also demokratische Centralisation, welche die Kräfte in einem Brennpunkte sammelt, ohne die Menschen zu Maschinen herabzuwürdigen, — eine organische Centralisation, welche die Individualitäten entfaltet und dem gemeinsamen Zweck dienstbar macht — keine mechanische Centralisation, welche sie zurückdrängt und fremden Zwecken dienstbar macht.

Vom verrathnen Bruderstamm.

In einem Privatbrief wird uns aus Böhmen geschrieben: „Wir sind den demokratischen Bestrebungen hier gewiß nicht abhold — aber man irrt sich, wenn man uns Zeit und Kraft zutraut, nach zwei Seiten Front zu machen. Mühsam erhalten wir uns über dem Wasser, um in dem feudal-national-kerikalen Schwall nicht unterzusinken. In erster Linie sind wir national, in zweiter erst politisch — und wir sind es nicht aus freiem Willen, sondern weil wir sonst überhaupt nicht mehr existirten. Man hat in Deutschland kein Verständniß für österreichische Verhältnisse. Ein deutsches Ministerium in Wien bedeutet nicht: herrschen des deutschen Elements — wenigstens nicht in Böhmen — sondern höchstens Sicherstellung vor größeren Vergewaltigungen — den Abbruch im Detail, die Schädigungen im Privatleben, die das, gerade in seinen gebildeteren Elementen boshaft und pöbelhaft gegen uns auftretende tschechische Volk beständig vollzieht, kann die österreichische Regierung in Böhmen nicht hemmen.“

Man verlangt von uns Deutschen, daß wir Böhmen germanisiren (deutsch machen), und wir haben die größte Noth, unser czechischen Adelligen, Geistlichen und Beamten preisgestelltes Landvolk an gewissen Orten bei der deutschen politischen und nationalen Fahne zu erhalten.

Soll Böhmen nicht ein verwüstendes Krebsgeschwür im Körper Deutschlands werden, so muß es germanisirt werden — glauben Sie nicht, daß Sie auf treuer demokratischer Grundlage ein reelles Auskommen mit slavischen Völkern finden werden: wir waren der Meinung und wurden böß betrogen und übervorthelt. Wir begehen diesen Fehler nicht mehr — aber wir gewärtigen von unseren Landleuten in Deutschland, daß sie ihn noch einmal begehen und warnen daher bei Zeiten.

Germanisiren aber kann das ohnmächtige Oesterreich nirgends mehr — ob es einer anderen Macht gelingen wird, das ist die Frage der Zukunft und der Existenz Deutschlands.

Wir stehen in fortwährendem Kampfe um unsere nationale Existenz. Alle unsere Bildungsmittel des Volkes müssen vorläufig darauf gerichtet sein, das nationale Element zu stärken. Wir schließen deshalb auch keine Pakte mit Alerikalen und Feudalen, wie unsere Gegner; aber wir müssen uns hüten, die Interessen zu zerstreuen.

In Deutschland, wo die nationale Existenz un gefährdet ist, darf man sich der sozialen und politischen Bewegung hingeben: bei uns in Böhmen aber wüßte ich Ihnen außer dem treuen Paladin Borrosch in Prag, der übrigens vollkommen zurückgezogen lebt, Niemanden zu nennen, der in der Lage wäre, sich den sozial demokratischen Bestrebungen Deutschlands anzuschließen.

An Lust zu gut demokratischem Thun fehlt es uns keineswegs — aber der nationale Krieg verbietet uns die Befriedigung unserer Privatneigungen.

(Dies Gemälde ist düster, aber im Wesentlichen unzweifelhaft wahrheitsgetreu. Wir glauben, daß die Gefahr vorübergehen, und daß zwischen den Deutschen und Czechen trotz alledem eine Verständigung zu Stande kommen wird — allein für den Augenblick steht die Sache sehr schlimm. Wer ist es aber, fragen wir, der die deutschen Brüder in Oesterreich von dem Hauptstamme losgerissen und in die slavische Welt hinausgestoßen hat? Wer ist es, der im Sommer des Jahres 1866 die Czechen zum Kampf gegen die Deutschen aufforderte? Wer? Ueberflüssige Frage. Hat es je einen zweiten Staat gegeben, der in ähnlicher Weise seinen „deutschen Beruf“ offenbart hätte?)

Die demokratischen Ziele und die deutschen Arbeiter.

(Fortsetzung.)

Die Reaktion in Preußen wie in Oesterreich hat sich nicht einen Augenblick abhalten lassen, ihren Weg zu gehen, trotz der „neuen Aera“ der Liberalen, trotz der famosen Februarverfassung von Wien. Die Liberalen dienten ihr nur als „lustige Person“, um das Publikum nicht gar zu sehr in ernste Stimmung versinken zu lassen. Ueber die Farce des Nationalvereins werden die Historiker stets ohne Kopfschütteln hinwegkommen. Diese ungeheure Seifenblase ist ohne Geräusch zerplatzt, als Bismarck den Mund aufthat, um das große Wort „deutsches Parlament“ auszusprechen.

Was nun? fragen wir?

In Oesterreich bedurfte es eines Solferino, eines Königsgräb, der Orgien einer schonungslosen, blutigen, absolutistisch-pfäffischen Reaktion, eines den ganzen Staatsorganismus lähmenden Nationalkonfliktes mit den Ungarn, eines drohenden

Staats-Bankerotts, um den Staat jetzt in die rechte Bahn zu leiten, wo ihn trotzdem noch immer Regentenlaunen, Beichtväter und Schleppen bedrohn.

Wollen die deutschen Demokraten auch auf eine gleiche pfäffische Reaktion, auf einen Staatsbankerott in Preußen, auf ein neues Jena warten, ehe sie gut genug dazu wären, eine Rettung zu versuchen, wo vielleicht keine mehr möglich wäre?

Wollen die wahren Patrioten zusehn, wie die Bildung des Volkes Rückschritte macht unter der Herrschaft der Schulräthe und der Geistlichkeit, wie die alljährlichen Schaustellungen unseres Scheinconstitucionalismus das Volk politisch ermüden und abstumpfen, wie die thatlosen Phrasen eines impotenten Liberalismus die Freiheit und Einheit der Nation selbst in Verruf bringen, wie eine von Gold und Nachtanbetung verfälschte Presse den gesunden Volksinn betrügt und vergiftet, wenn irre geleitete Arbeiterbewegungen nur der Reaktion dienen, wenn die Massenarmuth unter den drückenden Militärlasten und dem rapiden Anwachsen des Großkapitals ununterbrochen vorschreitet — so daß wir nach einem Jahrzehnt das deutsche Volk demoralisirt, entnervt, verdummt, bettelarm (bis auf einen kleinen Bruchtheil), zerrissen in Preußen erster und zweiter Klasse, und Süddeutsche am Rande des politischen Unterganges erblicken könnten?

Nun, gab es oder giebt es eine Fortschrittspartei? hör' ich eine Stimme fragen.

Es gab einmal eine Fortschrittspartei, die den Demokraten von einst den Muth gab, sich wiederum am politischen Leben zu betheiligen, die dem murrenden und verzagten Volke, die den Arbeitern, die das zerschossene schwarze-goldene Banner treu gehalten, wie eine schöne Morgenröthe der Freiheit aufging. Es folgte ihr kein Tag. Was war sie denn? Nun, eine Partei, zusammengesetzt aus frondirenden Liberalen, „gealterten“ Demokraten, ehrgeizigen Strebern ohne Opfermuth und einigen braven Kämpfern der Freiheit, unverwitterten Säulen des Volksthumus; mit einem Worte: die Fortschrittspartei ist oder war der Compromiß der Halben mit den Ganzen; — wie hätte sonst aus ihr eine national-liberale Partei hervorgehen können?

Die politische Berechtigung der Fortschrittspartei und ihres schüchternen Compromiß-Programms vom 9. Juni 1861 hörte auf am 13. März 1862; sie vollzog den politischen Selbstmord, als sie im Sommer und Herbst 1863 nicht das that, was das lauschende Volk von seinen Führern erwarten mußte. Als ihr die Reaktion mit offenem Bistir und mit der Devise: „zwischen Prinzipien giebt es keine Versöhnung!“ entgegen trat, scheute sie es, das Bistir zu öffnen und mit dem Rufe: „Entweder — Oder!“ zu antworten. — Sie mußte warum. Drei Jahre hatte sie vorübergehen lassen, ohne eine schlagfertige Volks-Armee zu organisiren; — sie war eine Verächterin der sozialen Frage geblieben, oder hatte dieselbe wenigstens nicht ehrlich ins Auge gefaßt, sie hatte sich als feurige Reden haltende Girondistenpartei gerirt, und sich dadurch dem Mißtrauen und dem Verdachte ausgesetzt; sie war trotz ihres Namens preußisch geblieben und hatte es verschmäht, in preußischem Großmächtsdünkel den biedern Süddeutschen die Hand zur Verständigung zu reichen; — sie hatte einem verfassungswidrigen Regimente trotz der glühendsten Proteste nie die Mittel zu entziehen versucht; sie hatte in ihrem eigenen Schoße eine freiheits- und volksfeindliche Partei, die der Nationalliberalen, groß gezogen, sie hatte sich schon 1864 durch ihre Annerionschwärmerei mit sich selbst in Widerspruch gesetzt. Das Jahr 1866 warf sie zu den Todten. Eine reaktionäre Regierung übertrumpfte sie. Sie ließ ihren Erben ein verwirrtes, führerloses Volk zurück. Und ihre Erben

waren die Reaktion, und deren Tambours: die National-liberalen.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Warnung.

Für den Lehrer Volkskalender, „der hinkende Bote“, wird bis nach Norddeutschland hinein Reklame gemacht. Wir warnen unsre Freunde, sich nicht anführen zu lassen. Kein deutschgefinntes Blatt sollte sich zu solchen Anpreisungen hergeben. In seinem politischen Theil ist dieser „Bote“ der ganz gewöhnliche Bismarck'sche Sendling. Seinen Namen des „Hinkenden“ führt er insofern mit Recht, als bekanntlich Lügen kurze Beine haben. Die Thatfachen, wie er sie schildert, sind bis zum Unglaublichen gröblich entstellt.

In der bekannten Zollparlaments-Debatte, die durch Mittnacht's Namen und Rede charakterisirt ist, sollen es die Schwaben gewesen sein, die den Eindruck der erhaltenen Schläge kaum hätten verwischen können.

Bei der Kompetenzfrage in Sachen der bessischen Weinsteuer hat Böck, der „wackre Mann“, so sagt der Hinkende, die schwäbischen Hartköpfe so zurechtgedonnert, daß sie noch jetzt das „Ohrensausen“ davon haben.

Gegen die Hungernoth in Ostpreußen soll die preußische Regierung, wenn auch etwas spät, doch „gründlich“ geholfen haben —!!

Die bekannte Stieberei mit dem Dichter Bernhard Fischer nimmt der „Hinkende“ für baare Münze!

Daß die gesammte Abruzzenpolitik einfach todgeschwiegen wird, versteht sich dabei von selbst. Der „Stoß in's Herz“ Deutschlands existirt für den Bismarck'schen Sendling natürlich nicht.

Wiesern der „Hinkende“ die Eigenschaften der Urtheilskraft und der Loyalität vereinigt, dafür folgendes Beispiel: Gegen seinen Landtag sei Bismarck allerdings hart und barsch, gegen das Zollparlament aber sei er höflich; also je mehr Millionen vertreten seien, desto mehr Respekt werde Bismarck haben, also hinein in den Nordbund! — Daß der Unterschied in Wahrheit der ist: seinen Landtag hat Bismarck, also zeigt er ihm sein wahres Gesicht; den Süden will er haben, also schmeichelt er ihm. — das kann doch nur der Blödeste verkennen oder der Persiflteste anders darstellen.

Und solch Zeug giebt sich als des Namens Hebel *) würdig! Das bietet man dem schwäbischen Stamm in's Angesicht! Das soll deutsch sein, Belehrung für's deutsche Volk! Solch ein Bote gehört vor die Thür, nicht in's Haus; den lasse Niemand über die Schwelle, der's bei sich sauber halten will.

Wäre nicht dieser ganze Abschnitt „Weltbegebenheiten“ mit einer halb naiven, halb lächerlichen Leichtfertigkeit auf's Papier geworfen, unser Spruch würde noch ganz anders lauten, — etwa in der Art, wie Bismarck seinen Landtag behandelt. Als erste Verwarnung mag dies genügen.

(„Demokratische Correspondenz“.)

(Wir empfehlen allen Arbeitern Gichhoff's Arbeiterkalender. Red. d. „Demokr. Wochenblatts“.)

*) Hebel, der berühmte Dichter und Humorist, war Gründer des „Hinkenden Boten“.

Wegen des Bußtags mußte das „Demokr. Wochenblatt“ einen Tag früher gedruckt werden. In Folge dessen können wir diesmal keine Beilage liefern, und müssen verschiedene Artikel, darunter die Englische Correspondenz und der Schlußbericht über den Nürnberger Arbeitertag zurückbleiben.

Verantwortlicher Redacteur: B. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: C. W. Bollrath.
Expedition: Petersstraße 18.

Dank.

Den werthen Gästen, Herrn Schriftsteller Schweichel, Reichstagsabgeordneten Bebel aus Leipzig und Herrn Doyauer aus Zwickau, welche das Stiftungsfest des Grimmischauer Volksvereins (am 8. November) durch ihre Gegenwart beehren und durch ihre schönen und geistreichen Vorträge, viel zu der würdigen Feier des Festes beigetragen haben, können wir nicht unterlassen, unsern herzlichsten Dank hiermit öffentlich auszusprechen. Besonders fühlen wir uns gehoben durch die schöne Aufgabe, welche Herr Schweichel an die Frauen des Vereins stellte, dessen treffliche Worte die schon mit der Idee vertrauten Frauen zu neuem Streben ermutigten und den Andern einen neuen und schönen Wirkungskreis eröffneten. Er hat sich dadurch ein bleibendes Andenken bei allen anwesenden Frauen gesichert.

Wir glauben im Sinne Vieler zu handeln, indem wir diesen öffentlichen Dank aussprechen!

Grimmischau, den 11. November 1868.

Mehrere Frauen von Mitgliedern des hiesigen Volksvereins

Anzeigen.

Soeben erschien:

A. Gichhoff's

Deutscher Arbeiterkalender

für 1869.

Inhalt: Die Arbeiterbewegung im Jahr 1867/68, Historische Rundschau über das Jahr 1868, Erzählungen, Anekdoten, Witzmischtes, Kalender, Notizbuch, die neuen Maße und Gewichte, die neuen Gesetze des Norddeutschen Bundes.

Preis 5 Sgr.

Arbeiter-Vereinen gewähre ich 25% Rabatt.

Die Verlagshandlung

von A. Gichhoff in Berlin
Friedrichstr. 230.

Spielwerke

mit 4 bis 48 Stücken, worunter Prachtwerke mit Glockenspiel, Trommel- und Glockenspiel, mit Himmelsstimmen, mit Mandolinen, mit Expression u. s. w. Ferner:

Spieldosen

mit 2 bis 12 Stücken, worunter solche mit Necessaires, Cigarrenständer, Schweizerhäuschen, Photographie-Albums, Schreibzeuge, Handschubkasten, Cigarren-Etui's, Tabaks- und Zündholzboxen, Puppen, Arbeitstischchen, alles mit Musik; ferner Stühle, Spieluhren, wenn man sich setzt. Stets das Neueste empfiehlt.

J. H. Heller in Bern.

Zu Weihnachtsgeschenken eignet sich nichts besser. In keinem Salon, an keinem Krankenbette sollten diese Werke fehlen. Preiscourante sende franko; auch besorge Reparaturen. Lager feinstiger Werke.